

Ganztägige Schulformen lösen Betreuungsprobleme, viele Fragen sind aber noch offen



Nicht nur um Schulmilch und Kakao, sondern auch ums Essen müssen sich Schulen mit ganztägiger Betreuung kümmern. (Foto: Clemens Fabry)

MODELLE

Der Kompromiss

Ganztagschule mit Unterricht am Nachmittag („verschränkter Unterricht“) bzw. Tagesheimschule (mit freiwilligem Besuch und bloßer Schülerbetreuung) oder: SP-Modell gegen VP-Modell. Seit etwa 25 Jahren werden pädagogische Argumente für diese und für jene Schulform ins Treffen geführt. Der Kompromiss aus diesen Positionen: Beide Formen können – auf Antrag der Eltern und Lehrer – eingeführt werden.

Die Schule ohne verpflichtenden Nachmittagsbesuch wird bevorzugt. In Österreich gibt es derzeit 410 Schulen mit Nachmittagsbetreuung, aber nur 69 „echte“ Ganztagschulen. Auch in den SP-dominierten Bundesländern Wien und Burgenland dominiert das VP-Modell. Das Unterrichtsministerium stellt in beiden Fällen bloß fünf zusätzliche Lehrerstunden zur Verfügung. Die restlichen Zusatzkosten müssen entweder die Eltern oder die zuständige Gemeinde (als Schulerhalter) tragen.

LOKALAUGENSCHWEIN

Lernen, Sporteln, Üben, Theaterspielen

Nachmittagschule: Nicht alle Schüler sind der Belastung gewachsen.

VON ERICH WITZMANN

Einige Mädchen und Buben räumen im Speisesaal noch ihr Geschirr ab, andere haben bereits ihren Dufflecoat oder Anorak übergestülpt, sie schwirren im Schulgarten umher und rutschen auf den Plastikbobs den Rodelhügel hinunter. Und in den nächsten Minuten werden weitere Klassen den Speisesaal stürmen.

Mittagsstunde in der Wiener Gesamtschule Aspernallee. Organisation wird in dieser Volksschule groß geschrieben, wie Direktorin Gabriele Solterer-Ratzer ausführt: Die 320 Schüler in 13 Klassen erhalten nicht nur in den Mittagsstunden ihre Essenszeit zugewiesen, auch die Räume für Freizeitaktivitäten – vom Bühnenraum über Turnsaal, Musikzimmer, Bibliothek oder Kletterraum – müssen genau abgestimmt sein.

Die Aspernallee wird bereits seit 15 Jahren als Ganztagschule mit verschränktem Unterricht geführt. Ab 7.15 Uhr beginnt die Beaufsichtigung durch Lehrer, um 8 Uhr läutet die Schulglocke den Unter-

nicht ein, der offizielle Schultag endet um 15.30 Uhr. Aber bis 17.30 Uhr gibt es eine Aufsicht, die Freizeitaktivitäten leitet. Im Notfall verbringt ein Kind zehn Stunden in der Schule. Der (offizielle) Stundentakt in einer vierten

Klasse: Lernen, Lernen, Lernen, Freizeitgestaltung, Übungsstunde, Essen (Mittagsfreizeit), Lernen, Klassen-Schwerpunkt.

Mehr Belastung

Gibt es auch ein Sitzbleiben? „Eher das Gegenteil“, sagt Gabriele Solterer-Ratzer, „einige Kinder überspringen eine Klasse.“ Einzugsbereich der Schule ist der 2. Bezirk. „Für Alleinerzieherinnen und berufstätige Eltern ist das die ideale Schulform“, sagt die Direktorin. Kein Vorteil sei die Ganztagschule, wenn Kinder sehr individuell sind, es in der Gemeinschaft nicht lange aushalten und nicht sehr belastbar sind. Denn eine Belastung sei der lange Schultag schon.

Szenenwechsel. Die Hauptschule 11 in Linz-Khevenhüllerstraße bietet eine Nachmittagsbetreuung an: Die Schüler können bis maximal 17.20 in der Schule bleiben, müssen aber nicht. Der Großteil kommt aus einfachen sozialen Verhältnissen,

ein Teil der Eltern ist arbeitslos. Von den 345 Schülern und Schülerinnen (in 14 Klassen) haben nur 102 als Muttersprache Deutsch. Und nur 70 nehmen die Nachmittagschule an. Für sie gibt es unter Lehreraufsicht Freizeitstunden (Chor, Informatik, Tischtennis, Schach, Tanz, Sport, Schulzeitung, Kunst) und Lernstunden. Neuer Stoff wird nicht unterrichtet.

Wobei Direktorin Cornelia Polli mehrere Beweggründe nennt, warum das Angebot nur von jedem Fünftel angenommen wird: Manche Eltern wollen die Kosten für den Nachmittag und das Mittagessen sparen, obwohl es Ermäßigungen gibt. Viele Eltern von Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache be-

fürchten, dass im Mittagessen auch Schweinefleisch enthalten ist. Schließlich würde der ganztägige Aufenthalt in ein und dem gleichen Gebäude viele Kinder überfordern. Ein Hort sei für die Betroffenen oft besser, sagt die Direktorin, „da ein Tapetenwechsel stattfindet und andere Bezugspersonen und Kinder im Hort sind.“

Ein weiteres Problem für Polli: Bei Nachmittagschülern delegiert das Elternhaus viele Aufgaben an die Schule – was manche Lehrer überfordert. Der von der Stadt Linz geführte Hort ist gleich nebenan, einige Hauptschüler wechseln ins Nebengebäude. Polli hat damit keine Probleme. Wichtig sei, dass die ganztägige Betreuung angeboten wird. „Aber es soll keine Verpflichtung dazu geben.“

Die Kosten schrecken manche ab, obwohl es eine soziale Staffellung gibt. In der Volksschule Aspernallee sind für die Betreuung 9 Euro pro Tag zu bezahlen, für Mittagessen und Jause 4 Euro, eine Ermäßigung wird von vielen genutzt. In der Linzer Hauptschule betragen die Kosten je nach Einkommen 0 bis 58,14 Euro pro Monat, das Mittagessen 3,40 Euro (bei Ermäßigung 1,70). Die Zuschüsse trägt die Stadt Linz.

Am Mittwoch: Raum für Kinder

NACHHILFE

„Würde uns nicht gut tun“

Die Lern-Institute fürchten im Falle einer verpflichtenden Ganztagschule um ihr Geschäft.

WIEN (aich). „Eine verpflichtende Ganztagschule für die gesamte AHS würde uns nicht gut tun“, betont Irmela Kühnelt, Inhaberin des Grazer Nachhilfeeinstituts IHS. Das Leben würde überdies für die Schüler stressiger werden, wenn sie nach dem Ende der Schule noch Nachhilfe nehmen müssten.

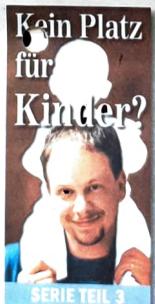
Auch Fred Hofmann, Geschäftsführer von „Lernen mit Pflif“ fragt, wann denn die Kinder im Falle einer Ganztagschule Nachhilfe nehmen sollen. Die Nachfrage würde aber weiter bestehen, ist er sich sicher. Denn er habe bereits Erfahrungen mit einigen Ganztagschülern, diese würden weiterhin Nachhilfe brauchen.

„Es würde eine Marktberingung geben“, ist sich Konrad Zimmermann, Geschäftsführer von „Lernquadrat“ über die Konsequenzen einer Ganztagschule sicher. Um gut geführte Nachhilfeeinstitute bräuchte man sich aber keine Sorgen zu machen.

Rund 560 Euro pro Kind

Es geht in der Branche um beträchtliche Beträge. Laut einer Statistik der Arbeiterkammer Wien aus dem Jahr 2002 gibt jeder Nachhilfeschüler jährlich rund 560 Euro für Hilfestellungen aus. Immerhin ein knappes Drittel der Kinder braucht Nachhilfe.

Eine andere Wiener AK-Studie aus dem Jahr 2004 zeigt die Preissteigerungen in der Branche auf. Im Vergleich zu 2003 stieg der durchschnittliche Preis für eine Einzel-Nachhilfestunde bei Lerninstituten um 2,8 Prozent auf knapp 28 Euro. Die durchschnittlichen Kosten für Privatanachhilfe stiegen innerhalb eines Jahres sogar um 8,3 Prozent auf rund 17 Euro. Am teuersten ist Nachhilfe in Mathematik und den technischen Fächern. Die Unterschiede bei den Preisen für Einzelunterricht sind jedenfalls beachtlich: Bei Privatanachhilfe schwanken sie laut Studie zwischen 7 und 40 Euro pro Stunde bei Lerninstituten zwischen 14,99 und 80 Euro.



POLITISCHE DISKUSSION

Die „Halbtagschule“ als Auslaufmodell

Bis zum Sommer soll ein Gesetz über die ganztägige Schule beschlossen werden.

WIEN (ewi). Die ganztägige Schule ist nicht mehr aufzuhalten. Zuerst kurbelte der Zwischenbericht der ministeriellen Zukunftskommission (Herbst 2003) die Diskussion an, dann die Schlussfolgerungen nach der für Österreich wenig schmeichelhaften Pisa-Studie (Dezember 2004), zuletzt der Vorstoß von Bildungsministerin Elisabeth Gehrler (Jänner 2005).

Hatte die Ministerin noch bis vor kurzem die Schaffung von 10.000 zusätzlichen Plätzen in

einer Nachmittagschule versprochen, so ist sie vor zehn Tagen in die Offensive gegangen: Prinzipiell soll jede Volks-, Haupt- und Sonderschule sowie AHS-Unterstufe eine ganztägige Schulform anbieten; nur dann, wenn sich Eltern und Lehrer dagegen aussprechen, wird die bisherige „Halbtagschule“ gestattet. Das Gesetz soll noch vor dem Sommer kommen.

Gehrler überlässt es dabei der einzelnen Schule, ob sie sich für den verpflichtenden Besuch am Nachmittag oder für eine Betreuung und Lernaufsicht entscheidet. Im zweiten Fall soll es – wie bisher bei der Tagesheimschule – auch möglich sein, dass Schüler an eini-

gen Nachmittagen – oder auch an allen – der Schule fernbleiben.

Problem Nr. 1: Wer bezahlt die zusätzlichen Kosten? Für SPO und Grüne (die kein Bundesbudget zu verantworten haben) hat der Bund die Kosten zu tragen. Derzeit müssen die Eltern einen Teil der laufenden Kosten und die Gemeinden (bei Pflichtschulen) die Infrastrukturkosten wie etwa die Einrichtung einer Schulküche oder der Freizeiträume tragen. Der Stadtbund hat schon erklärt, dass die Gemeinden überfordert sind.

Problem Nr. 2: Freizeitinstitutionen wie Sportvereine und Musikschulen fürchten um den Besuch ihrer jungen Kunden. Die

Sportunion hat sich mit einem Appell an Innenministerin Liese Propk, die ehemalige Spitzensportlerin, gewandt: Sie soll in der Regierung gegen ein neues Schulgesetz wirken. Weil sonst das „blühende österreichische Vereinsleben“ zu nichte gemacht werde.

Diskussion heute:

„Kein Platz für Kinder? Heute, Dienstag, „Presse“-Diskussion mit Ministerin Gehrler, Pisa-Forscher Haider und Wissenschaftlern: Uniga Tower, 1020 Wien, Untere Donaustraße 21, 19 Uhr. Freier Eintritt.